



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 25 der Tagesordnung: Beitritt zum Bündnis für Demokratie und Menschenrechte

Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, CDU, SPD, KAL, Volt

Vorlage: 2024/1074

Punkt 25.1

Ergänzungsantrag: Die Linke

Vorlage: 2024/1074/1

Beschluss:

Die Stadt Karlsruhe tritt dem Bündnis für Demokratie und Menschenrechte bei. Sie bringt sich entsprechend ihrer Möglichkeiten ein.

Abstimmungsergebnis:

Interfraktioneller Antrag: Mehrheitliche Zustimmung (27 JA-Stimmen, 6 Nein-Stimmen)

Ergänzungsantrag: Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 25 auf und verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): In Karlsruhe leben Menschen aus über 150 Nationen mit den unterschiedlichsten Lebensgeschichten, mit den unterschiedlichsten Vielfaltsmerkmalen. 40 % der Karlsruher*innen haben Migrationsgeschichte. Wir alle sind Karlsruher. Am 20. Januar versammelten sich auf dem Marktplatz 25.000 Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft, um gegen die verachtende Politik der Ausgrenzung zu protestieren. Als eine Antwort auf verfassungsfeindliche und rechtsextremistische Tendenzen hat sich das Bündnis für Demokratie und Menschenrechte gegründet, als zivilgesellschaftlicher und überparteilicher Zusammenschluss aus aktuell 60 Institutionen. Wir brauchen diesen Schulterschluss mit vielen Akteurinnen aus den unterschiedlichsten Bereichen, die sich aktiv für die demokratischen Grundwerte einsetzen. Alle gemeinsam, egal wie lange wir hier schon leben und woher wir kommen, müssen wir die Verantwortung für eine lebenswerte demokratische Zukunft übernehmen. Menschenfeindlichen und längst überwunden geglaubten Ideen wie dem Abstammungs-rassismus müssen wir eine klare und deutliche Absage erteilen. Angesichts der spürbaren Bedrohung der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts ist es für uns GRÜNE selbstverständlich, dass Karlsruhe, insbesondere als Stadt des Rechts dem Bündnis beitritt. Diese Mitwirkung passt auch bestens zu den bereits laufenden

demokratiefördernden Prozessen wie z. B. der Charta der Vielfalt, der Kommunalen Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit, der Internationalisierungsstrategie oder dem Integrationsplan. Die Mitwirkung der Stadt im Bündnis muss ein weiterer Schritt sein auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft, in der alle die gleichen Chancen und Rechte haben.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich kann mich in fast allem nahtlos der Kollegin Sardarabady anschließen. Ich denke, es ist wirklich eindeutig, die spürbare Bedrohung der Demokratie erleben wir tagtäglich wieder hier in Deutschland. Aber auch in den USA ist es mit der Wahl sicherlich nicht noch einfacher geworden. Von daher war es für uns auch eigentlich logisch, diesem Bündnis für Demokratie und Menschenrechte beizutreten. Ich möchte aber auch gleich auf den Versuch, dem Bündnis als Stadt nicht beizutreten, eingehen, was im Geschäftsordnungsantrag zu Beginn der Sitzung gemacht wurde. Für uns war es besonders wichtig als CDU, dass eben kein Bündnis gegen Rechts oder gegen Rechtsextremismus gegründet wurde, sondern genau das, was jetzt gegründet wurde, ein Bündnis für Demokratie und Menschenrechte oder wie es in § 1 steht „gegen jegliche Form von Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Ich glaube, gerade dies unterscheidet es auch komplett von Nürnberg, in dem es ja gegen eine Allianz gegen Rechtsextremismus geht. Von daher finde ich es schon fast perfide, wie hier versucht wird, alles in einen Topf zu werfen und vor allem auch der Versuch gemacht wird, hier entsprechend die Stadt davor zu hindern, dem Bündnis beizutreten. Noch schlimmer ist es meiner Ansicht nach, dass Sie ja selbst versucht haben dem Bündnis beizutreten und eben abgelehnt worden sind. Da kann aber die Stadt nichts dafür, sondern da muss man sich vielleicht auch mal selbst hinterfragen, warum man da abgelehnt wurde. Ich denke, wir sind hier wirklich auf einem hervorragenden Weg. Wir begrüßen es sehr, wenn die Stadt Karlsruhe eben dem Bündnis für Demokratie und Menschenrechte beitrifft, denn ich denke, es ist ein weiteres Zeichen und zwar ein wichtiges Zeichen für die Demokratie und für den Zusammenhalt in Karlsruhe.

Stadträtin Melchien (SPD): Für die SPD möchte ich ergänzend insbesondere an das Gründungstreffen erinnern, das ja beeindruckend war und auf dem sehr klar artikuliert wurde, dass in Karlsruhe zahlreiche Organisationen, Institutionen und Gruppen sich stärker für unsere Demokratie, für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten und einsetzen möchten. Auch wir stimmen Frau Sardarabady zu, dass gerade in der Residenz des Rechts es mit Sicherheit keine abwegige Idee ist, dass auch die Stadt selbst Teil dieses wirklich breiten Bündnisses wird. Wir als politische Gruppierung müssen es zur Kenntnis nehmen, wenn dagegen geklagt wird, dann muss das an anderer Stelle entschieden werden. Vom heutigen Beschluss und einem sehr breiten Beschluss geht auf alle Fälle ein wichtiges Signal aus. Es ist mehr als ein Zeichen, es ist ein Versprechen, dass wir uns noch vehementer für die Demokratie, für unsere Grundordnung einsetzen möchten. Ich finde es gar nicht schlecht, auch wenn es keinen direkten Zusammenhang zu diesem Bündnisbeitritt gibt, dass jetzt auch schon Ergänzungsanträge gestellt werden, weil es eben zeigt, dass es kein Lippenbekenntnis sein darf, dass wir uns gemeinsam die Frage stellen müssen, in welchen konkreten Schritten muss der Beitritt münden. Von daher freuen wir uns einfach auf die Debatte und die Ausführungen der Verwaltung im Haupt- und Finanzausschuss dazu und noch zu vielen weiteren Punkten, die sicher uns in dem Zusammenhang beschäftigen werden. Abschließend möchten wir Respekt, Anerkennung und Dank allen tatkräftigen im Bündnis engagierten Menschen ausdrücken.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte zuerst auf das eingehen, was Herr Hofmann gesagt hat. Herr Hofmann, Sie haben die Fakten in der falschen Reihenfolge dargestellt. Das Bündnis wurde gegründet und wir wollten als AfD-Gemeinderatsgruppe, die wir damals waren – wir waren damals ja keine Fraktion – und als AfD-Kreisverband beitreten, weil wir ein Bündnis für Demokratie und Menschenrechte gut finden. Demokratie und Menschenrechte, dafür sind wir auch und deshalb wollten wir beitreten. Innerhalb von zwei Tagen wurde uns mitgeteilt, dass wir als AfD-Repräsentanten nicht beitreten dürfen. Da heißt also, dass dieses Bündnis nicht überparteilich ist, weil es schließt eine Partei aus. Und auch das, was Frau Sardarabady gesagt hat, dass es darum geht, dass alle eingebunden werden. Sie haben gesagt, Frau Sardarabady, alle sollen die gleichen Chancen und Rechte haben – stimmt nicht, die AfD nicht. Die AfD soll keine Chancen und keine Rechte haben. Das ist das Ziel dieses Bündnisses. Wenn Sie dann sagen, Sie sind gegen Hass und Hetze, dann müssen Sie sich mal selbst hinterfragen, denn wie behandeln Sie uns als AfD? Ist das nicht auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Sie da auf jeden Fall ausschließen wollen? Ja, überlegen Sie mal was Sie machen! Sie machen genau das, was Sie anprangern. Genau das, was Sie anprangern, machen Sie.

Ich habe dieses Urteil, wozu es gestern die Pressemitteilung gab, deswegen vorhin angeführt, weil ich das Gefühl hatte, dass in der Vordiskussion in der Vorberatung einige der Stadträte geglaubt haben, dass es darum geht, ob die Stadt jetzt diesem Bündnis Geld gibt oder nicht. Nein, es geht nicht nur ums Geld, es geht allein um die Mitgliedschaft. Das ist am Beispiel von dieser Allianz gegen Rechtsextremismus in Nürnberg jetzt klar geworden. Da wird nämlich in der Pressemeldung des Gerichts zitiert, dass sich eine kommunale Öffentlichkeitsarbeit, die sich explizit gegen eine nicht verbotene Partei wendet, gegen die im Grundgesetz garantierten Rechte der Parteien auf gleichberechtigte Teilnahme am politischen Wettbewerb verstößt. Auf dieser Basis hat eben das Gericht der AfD-Fraktion Recht gegeben und die Stadt Nürnberg aufgefordert, nicht länger in diesem Verein Mitglied zu sein. Wir glauben, dass hier genau das Gleiche passiert. Es ist eigentlich ein Wahlkampf, eine Wahlkampfvereinigung aller gegen die AfD, und das ist gegen das Grundgesetz. Wir dürfen nicht aufgrund unserer politischen Meinung ausgeschlossen werden von so etwas. Wenn Sie das in Ihrem privaten Verein machen wollen, dann dürfen Sie das, aber die Stadt kann da nicht Mitglied sein. Im Übrigen ist es noch gar keinen Verein, auf der Homepage steht, dass die Rechtsform überhaupt ungeklärt ist. Wir würden also als Stadt Mitglied werden in einer Organisation, deren Führung nicht gewählt ist, die nicht demokratisch organisiert ist, die nicht mal eine Rechtsform hat. Das wollte ich nur noch anmerken.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich würde einfach mal ein paar Zitate vorlesen, schwache Gemüter bitte ich einfach nicht zuzuhören. „Antifa – ab ins KZ“, „Homosexuelle ins Gefängnis, das sollten wir in Deutschland auch machen“, „Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet“, „Wir sollten eine SA gründen und aufräumen“, „Wer versucht, die AfD zu richten, den richtet die AfD“, „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet“, „Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression“ und vieles mehr. Das sind Zitate von teils auch ranghohen AfD-Funktionären und ich glaube, da kann man verstehen, dass man von einem Bündnis für Demokratie und Menschenrechte vielleicht doch eher Abstand hat, weil dafür stehen Sie eben nicht oder zumindest ein Großteil Ihrer Leute nicht. Von daher glaube ich, ist da die Initiative oder das Bündnis vielleicht auf einer richtigen Seite es abzulehnen, aber das muss das Bündnis entscheiden. Jetzt die Stadt zu kritisieren, dass wir für Bündnisse für Menschenrechte eintreten wollen, das kann ich nicht verstehen. Wer da dagegen ist, sollte sich vielleicht hinterfragen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Ich darf auch noch mal für meine Partei das wiederholen, was ich im Hauptausschuss auch schon gesagt habe. Selbstverständlich sind wir Mitglied dieses Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte als Freie Demokraten, selbstverständlich sind wir da sofort beigetreten und ich darf auch noch mal auf das verweisen, was der Kollege Hofmann gesagt hat, es ist ein Bündnis gegen jede Form von Extremismus, sei es links, rechts oder islamistisch. Das halten wir auch nach wie vor für unterstützenswert. Die Frage ist, ob die Stadt Mitglied in diesem Bündnis ist. Wir haben danach gefragt, ob da eine finanzielle Beteiligung vonnöten ist. Es wurde uns die Auskunft gegeben, es ist eine ideelle Unterstützung. Das kann man mitgehen. Der Zusatzantrag geht darüber hinaus. Der Zusatzantrag formuliert Forderungen nach finanzieller Unterstützung für Stellen, das würden wir ablehnen.

Stadträtin Zacharias (Die Linke): Die Stadt hat viele Möglichkeiten sich aktiv gegen rechts und für die Stärkung für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen. Sie kann beispielsweise Kitas kostenfrei machen oder zumindest die Beiträge nicht erhöhen wie es in diesem Jahr erst geschehen ist. Sie kann mehr Sozialwohnungen bauen oder sie kann sich für einen kostengünstigen ÖPNV einsetzen. Die Stadt kann Akteure unterstützen, die Präventions- und Beratungsarbeit leisten. Akteure, die hier in Karlsruhe schon jahrelang gute Arbeit tun. Aber statt uns auf Maßnahmen zu konzentrieren, die an der Stelle echte Wirkung entfalten können, wird hier über Symbolpolitik abgestimmt. Wir müssen doch diejenigen, die tagtäglich gegen Diskriminierung, gegen Hass und gegen Hetze kämpfen, in ihrer Arbeit stärken und auch schon bereits bestehende Strukturen erhalten und ausbauen. Als Stadt müssen wir dafür auch Gelder zur Verfügung stellen. Doch stattdessen wird an mehreren Stellen in Vorgesprächen oder auch jetzt direkt deutlich, dass mindestens ein Teil der Fraktionen, die diesen Antrag eingereicht haben, darauf bestehen, dass es ein rein ideeller Beitritt bleibt. So werden Strukturen eben nicht nachhaltig gestärkt, die sich gegen Diskriminierung einsetzen und so wird im Kampf gegen die Spaltung der Gesellschaft unseres Erachtens nichts erreicht. Wir können deshalb keinem Beitritt zu dem Bündnis zustimmen, das wieder als Feigenblatt verkommen wird, das medial und politisch ausgeschlachtet werden soll, aber konkret keine Verbesserung mit sich bringt. Diese Art von leeren Worten lehnen wir ab. Beispielsweise als Karlsruhe sich zum sicheren Hafen erklärt hat, aber eine Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff ausgeschlagen hat. Da wir aber im Gegensatz zu den Rechtspopulisten hier im Raum Maßnahmen für Demokratie und Menschenrechte nicht grundsätzlich entgegenstehen, werden wir uns an dieser Stelle enthalten.

Stadtrat Cramer (KAL): Die Karlsruher Liste und die Karlsruher Liste Fraktion war Gründungsmitglied des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte. Von daher war es für uns folgerichtig auch diesen interfraktionellen Antrag mitzutragen. Das Geweine und Geplärre drüben auf der rechten Seite des Hauses kennen wir ja seit zehn Jahren mittlerweile zur Genüge. Auch heute wieder hat ja ein Mitglied der Fraktion im Grunde genommen klar gemacht, um was es ihm geht. Es geht ihm nicht um Gerechtigkeit und Demokratie, sondern es geht immer nur darum, Menschen irgendwie in Ecken zu stellen. Von daher habe ich gar kein Problem damit, wenn Sie beklagen, dass Sie kein Mitglied werden können. Das liegt auch gar nicht in unserer Macht. Ich muss ganz ehrlich sagen, also, mir ist es recht, dass ich nicht mit Ihnen in einer Organisation sein muss, bei der Sie in der Praxis überhaupt nichts tun, sondern nur kontraproduktiv und hetzerisch unterwegs sind.

Der Vorsitzende: Ich möchte schon einmal ankündigen, dass wir noch mal über die Wahl zum Teil, die wir jetzt heute im Laufe des Nachmittags erlebt haben, diskutieren sollten. Das hätten wir gerne auf der Klausur gemacht, da war aber eine wichtige Gruppe nicht dabei. Wir müssen es zu gegebener Zeit noch mal nachholen. Ich sage das jetzt in alle Richtungen, ich sage das nicht nur in eine Richtung. Mir ist es nur jetzt ein Bedürfnis, weil wir gerade in der Debatte im Moment da doch Einiges miteinander austauschen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Es ist ehrenwert, das Anliegen des Bündnisses, ohne Frage, trotzdem möchte ich drei Argumente geben, was es mir schwermacht, einfach zu sagen, ja, die Stadt sollte beitreten. Drei Argumente, hören Sie einfach zu. Das erste Argument war, beim Bündnis gegen Rechts, Sie erinnern sich, da war die Diskussion schon mal da und da hatten wir dem Stadtjugendausschuss gesagt, bitte tretet nicht bei als ganze Organisation, sondern ihr könnt es persönlich machen. Da hat man davon abgeraten, das war eine Empfehlung des ZJD. Wenn wir jetzt als Stadt beitreten, ist es eine ähnliche Situation. Wenn wir da beitreten, dann wird es so sein, dass wir sozusagen verschiedene Rollen einnehmen, jetzt ist die AfD sozusagen ein Teil unserer Gemeinschaft hier, der Parteienlandschaft. Wenn es draußen wäre, bei einer Demo, da müsste die Stadt eine ganz andere Position, eine ganz andere Rolle einnehmen. Das ist ein Rollenkonflikt, der hier auftritt und ich glaube diesen Rollenkonflikt darf man nicht unterschätzen. Deswegen glaube ich, in diesen Konflikt sollten wir erst gar nicht eintreten.

Drittens, dieses Bündnis ist gegründet worden bewusst gegen die AfD, nicht nur gegen Rechtsextreme, das war der Anlass und war der hauptsächliche Grund. Ich glaube tatsächlich, dass es juristisch nicht haltbar ist, sich als Stadt einfach so in dieser Weise parteiisch auf eine Seite oder gegen eine Seite zu stellen. Jetzt noch was ganz Persönliches, ich frage mich schon, wenn in dem Papier drinsteht, wir sind für gleiche Rechte für alle, dann bedeutet das doch auch, für inklusives Denken. Da habe ich schon Schwierigkeiten, wenn hier im Gemeinderat manche Leute nicht mal mehr mit den Leuten von der AfD reden. Wenn menschliches Grundverhalten von einer Seite zur anderen Seite nicht mehr da ist, dann frage ich mich schon, inwiefern ist das glaubwürdig, was wir hier machen. Ich klage niemanden an, aber ich konstatiere, dass hier ein Graben ist, wo einer mit dem anderen nicht redet. Wenn wir hier inklusive Gesellschaft wagen wollen, dann müssen wir miteinander reden, selbst wenn wir unterschiedlicher Meinung sind. Wir müssen miteinander reden, selbst wenn wir uns nicht leiden können. Ich muss mich selbst mit Leuten auseinandersetzen können, wo ich vielleicht überhaupt keinen Bock drauf habe. Das gehört zur zivilisierten Gesellschaft dazu und die leben wir hier nicht. Das ist meine Anklage und deshalb tue ich mich extrem schwer, diesem Anliegen zuzustimmen. Wenn wir die Grundlagen des menschlichen Zusammenseins hier nicht leben können, dann können wir hier nicht so eine Abstimmung machen.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Es gibt jetzt noch Einiges zu sagen von meiner Seite, weil Herr Schmidt gesagt hat, die Gründe für die Nichtaufnahme, dass die unverständlich sind, weil sie für Demokratie und Menschenrechte sind, und da schließe ich mich meinen Vorrednern, Herrn Gaukel und Herrn Cramer an, es ist einfach so, dass wie das Bündnis sagt, die Werte der AfD manchmal unvereinbar sind mit den Werten des Bündnisses. Und um ein paar Dinge ins Feld zu führen, also laut Rolf-Ulrich Kunze, es ist Professor am KIT und Historiker, der eindeutig sagt, die Grundhaltung Ihrer Partei ist gekennzeichnet von Abstammungs-rassismus, das gebe ich jetzt einfach mal so wider. Was das Bündnis aussagt, Äußerungen und Pläne einiger Ihrer Mitglieder, das wissen wir, sind vielfach dokumentiert,

sind demokratiefeindlich und menschenverachtend. Ich denke, da ist so ein bisschen eine Diskrepanz zwischen Ihrer Selbsteinschätzung und zwischen der Fremdeinschätzung von vielen anderen. Und auch hier im Gemeinderat erleben wir tatsächlich seit 5 Jahren Anfragen, Anträge und Redebeiträge und dazu auch im Gegensatz zu Herrn Kalmbach, die wirklich gekennzeichnet sind von Zynismus, Pauschalverdacht und wirklich unerträglichen Unterstellungen gegenüber Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, und das ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Stadtrat Schnell (AfD): Sie sprachen Bad Herrenalb an, ich muss sagen, dieser Antrag zeigt doch ganz klar, dass wir doch da gar nicht hingehen brauchen. Die Leute, die mit uns noch sprechen, mit denen können wir auch so sprechen, aber mit dem großen Rest, da brauche ich nicht ein Wochenende zu verschwenden, wenn die uns sowieso ausgrenzen. Das mal zu dem Punkt.

Dann ist es aus unserer Sicht ganz klar so, dass hier die Stadt mit einem Beitritt die Neutralitätspflicht verletzen würde und ich gehe davon aus, Herr Dr. Mentrup, dass Sie diesen Gedanken auch schon mal durchdacht haben, denn wenn das nicht so wäre, warum haben Sie denn dann einen gleichlautenden Antrag im April auf die Maisitzung verschoben und auf der Maisitzung dann gleich abgesetzt vor der Wahl? Wir haben jetzt auch bald wieder Wahlen und ich kann Ihnen nur sagen, unser Rechtsanwalt steht in den Startlöchern und es wird eine Klage erfolgen, wenn die Stadt zu diesem Bündnis beitrifft. Zum Thema Zitate, da gibt es genug Zitate von Grünen, von SPD usw., die ähnlich menschenverachtend sind uns gegenüber. Man muss auch sagen, es zeugt nicht gerade von Verfassungstreue – da gibt es so einen Artikel „eine Zensur findet nicht statt“ – und wenn jetzt Frau Fäser die EU-Gesetzgebung entsprechend umsetzt mit Organisationen, die hier gezielt denunzieren sollen und dafür sorgen sollen, dass Äußerungen im Internet, die nicht strafrechtlich relevant sind, abgestraft werden, dann ist das schon sehr bedenklich.

Wir werden vom Verfassungsschutz nicht beobachtet, außerdem ist es ganz klar, der Herr Haldenwang, der ist politisch gebeizt, der hat natürlich entsprechende Absichten uns kleinzuhalten, der hat doch selber gesagt „der Verfassungsschutz kann nicht allein dafür zuständig sein, die Prozentwerte der AfD niedrig zu halten“, also das ist ganz klar eine Geschichte, die nichts mit tatsächlicher Verfassungsfeindlichkeit, die uns unterstellt wird, zu tun hat. Das ist ganz einfach Parteipolitik. Die etablierten Parteien haben Angst um ihre Pfründe, das muss man einfach ganz klarsehen. Aus dem Frühjahr haben die Antragsteller wohl nichts gelernt und sie probieren es wieder. Ich sage jetzt schon mal gleich, vielen Dank für diese Wahlkampfhilfe.

Der Vorsitzende: Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir würden vorschlagen, den Ergänzungsantrag der Linken in die Fachgremien zu bringen zur Vorberatung. Ist das in Ordnung?

Stadträtin Buresch (Die Linke): Ja, deshalb hatte ich mich vorhin gemeldet. Ich dachte wir machen zuerst 25.1, also wir stimmen dem zu, weil wir wollen, dass da auch eine gute Debatte stattfindet und ich bin auch zuversichtlich, dass wir da eine gute Debatte schaffen und hier auch zu einem guten Ergebnis kommen können. Ich würde nur sagen, einer Sache muss ich trotzdem widersprechen, dass unser Antrag nichts mit dem ursprünglichen Antrag zu tun hätte. Es wurde ja auch gesagt, vorhin in den Redebeiträgen, dass dieser

Antrag offensichtlich auch ein Beispiel dafür sein kann, wie ein Beitritt aussehen kann und was wir dann tun können.

Der Vorsitzende: Sie können den Kontext ja herstellen, aber vom Text her selber geht es darum, dass wir überprüfen, was wir da indirekt beim Stadtjugendausschuss im Moment fördern und ob wir da noch mehr machen sollten. Das wäre jetzt erst mal vom Beitritt zum Bündnis unabhängig, so habe ich es zumindest verstanden. Wir haben es nicht vorberaten und müssen es erst mal prüfen, insofern warten Sie die Stellungnahme ab und dann können Sie es im Fachausschuss diskutieren.

Damit kommen wir zum endgültigen Antrag unverändert und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt – das ist eine mehrheitliche Annahme, und wir werden uns sicherlich darüber noch öfters unterhalten.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
2. Dezember 2024